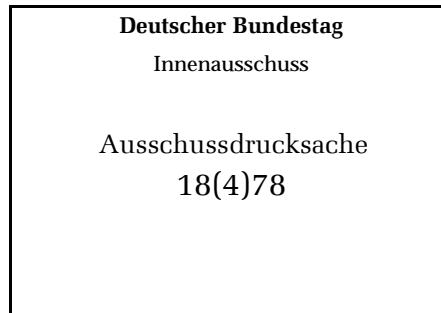




Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat für
nachhaltige Entwicklung
Der Vorsitzende

Vorsitzender
des Innenausschusses
Herrn Wolfgang Bosbach, MdB

im Hause



Berlin, 23. Mai 2014
Geschäftszeichen: PA 23/11-5011-2.1
Anlagen: 1

Andreas Jung, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Dienstgebäude:
Dorotheenstr. 88
10117 Berlin

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Antiterrordateigesetzes und anderer Gesetze (BR-Drs. 153/14)
Gutachtliche Stellungnahme des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Rahmen seines Auftrags zur Überprüfung von Gesetzentwürfen und Verordnungen der Bundesregierung auf Vereinbarkeit mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hat der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung gemäß Einsetzungsbeschluss (Drs. 18/559) zu dem Entwurf eines **Gesetzes zur Änderung des Antiterrordateigesetzes und anderer Gesetze** (BR-Drs. 153/14) beiliegende gutachtliche Stellungnahme (Ausschussdrucksache 18(23)3-14) beschlossen, die ich Ihnen mit der Bitte um Behandlung im Rahmen Ihrer Ausschussberatungen zuleite.

Für eine Information über das Ergebnis der Ausschussberatungen wäre ich Ihnen verbunden.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Jung, MdB
Vorsitzender



Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat
f. nachhaltige Entwicklung
Ausschussdrucksache
18(23)3-14

Gutachtliche Stellungnahme

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Antiterrordateigesetzes und anderer Gesetze

Bundesrats-Drucksache 153/14

Im Rahmen seines Auftrags zur Überprüfung von Gesetzentwürfen und Verordnungen der Bundesregierung auf Vereinbarkeit mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung gemäß Einsetzungsantrag (Drs. 18/559) in seiner 4. Sitzung am 21. Mai 2014 mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Antiterrordateigesetzes und anderer Gesetze (BR-Drs. 153/14) befasst und festgestellt:

Eine Nachhaltigkeitsrelevanz des Gesetzentwurfes ist bedingt gegeben.

In der Begründung des Gesetzentwurfes wurden keine Aussagen zur Nachhaltigkeit getroffen.

Es handelt sich um ein Änderungsgesetz ohne direkten Bezug zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Dennoch wäre eine Aussage diesbezüglich hilfreich gewesen, die gezeigt hätte, dass geprüft wurde, ob der Gesetzentwurf Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung hat.

Eine Prüfbite ist aber nicht erforderlich.

Berlin, 21. Mai 2014

Dr. Lars Castellucci, MdB
Berichtersteller

Dr. Valerie Wilms, MdB
Berichterstatteerin